

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Gieseking-Straße 22, 30159 Hannover

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V.
Landesverband Niedersachsen
z.Hd. Herrn Dr. Steve Kenner
Callinstr. 22
30167 Hannover

Hannover, 09. Juli 2022
Zeichen: HG

Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation

Tel.: (0511) 2 80 71 0
Mobil: 0151 4167 8105
Fax: (0511) 2 80 71 25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de

Wahlprüfsteine 2022 Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V.

Sehr geehrter Herr Kenner,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir Ihnen gerne beantworten.

Werden Sie sich in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, politische Bildung mit dem notwendigen Verfassungsrang auszustatten?

Einzelne Landesverfassungen enthalten spezielle Vorgaben für die schulische Bildung und Erziehung. In diesen Vorgaben ist meist die Rede davon, dass junge Menschen im Geiste von Freiheit, Demokratie und Völkerversöhnung sowie zu freiheitlicher demokratischer Haltung und zur Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen, zu erziehen sind. Diese Zielbestimmungen begründen aus rechtlicher Sicht jedoch nicht zwingend die Einrichtung eines eigens dafür vorgesehenen Unterrichtsfaches. Es gibt mit Baden-Württemberg lediglich ein einziges Bundesland, dessen Verfassung das der politischen Bildung gewidmete Unterrichtsfach ausdrücklich garantiert. Doch nicht nur in Baden-Württemberg, sondern ausnahmslos in allen Ländern, gibt es seit Jahrzehnten ein der politischen Bildung dienendes Unterrichtsfach, dessen Bezeichnung allerdings variiert. Damit gibt es in allen Ländern auch Lehrpläne, die Inhalte, Ziele und Vermittlungsweisen des Politikunterrichts mehr oder minder detailliert vorschreiben. Dass der Politikunterricht im Kanon der Schulfächer einen besonderen Rang einnimmt, zeigt sich insbesondere dann, wenn neue Lehrpläne verabschiedet werden. Dies ist im Wesentlichen auf die seit den 50er Jahren etablierte Grundrechtsdogmatik einer Verpflichtung staatlichen Handelns zur Verwirklichung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung im Sinne der Verfassung zurückzuführen. An dieser Schutzwirkung würde eine spezielle Staatszielbestimmung zur politischen Bildung im Schulwesen dem Grund nach nichts ändern, jedoch eine Kontroverse über den Verfassungsrang anderer Unterrichtsinhalte auslösen. Daher stehen wir aus verfas-

sungsrechtlicher Sicht einer Ausweitung spezifischer Staatszielbestimmungen zurückhaltend gegenüber.

Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie? Wie wollen Sie dem Mangel an Fachlehrkräfte und dem fachfremd erteilten Politikunterricht an allen Schulformen entgegenwirken?

Wir Freie Demokraten wollen die politische Bildung an allen Schulformen verstärken und setzen uns dafür ein, bereits im Sachunterricht der Primarstufe Inhalte dieser Art zu verankern. Auf Bundesebene setzten wir uns für eine "Exzellenz-Initiative Politische Bildung" des Bundes ein. Für Lerninhalte, die bisher nicht curricular erfasst sind, sehen wir den Ganztagsausbau der Schulen als große Chance zur Vermittlung von politischer Bildung.

Dem Fachlehrer-Mangel auch im Fach Politik wollen wir durch eine echte Bedarfsanalyse zur Lehrkräftesituation begegnen. Hier müssen die Studienkapazitäten an den niedersächsischen Universitäten dem tatsächlichen Lehrkräftebedarf angepasst werden, damit Fachlehrkräfte an allen Schulen ankommen können.

Planen Sie konkrete Schritte, wie beispielsweise die Einrichtung zweckgebundener Haushaltsmittel für jede Schule zur Förderung der politischen Bildung (bspw. für Projekte und Kooperationen) oder die Ausweitung von Anrechnungsstunden für Kolleg*innen, die sich für die Etablierung von politischer Bildung als Querschnittsaufgabe engagieren (bspw. über Projekte oder Arbeitsgemeinschaften)?

Jede Schule soll ein dezentral selbst verantworteter Lernort sein, an dem Kinder und Jugendliche jene kritische Urteilsfähigkeit lernen, mit der sie einen Unterschied für ihre Lebenswelt machen können. Politische Bildung steht in Zeiten der Digitalisierung, Zuwanderung und des Populismus vor der Herausforderung, Wissen und Handwerk für eine weltoffene Demokratie zu vermitteln. In Niedersachsen wollen wir besonders wirkungsvolle Programme politischer Bildung öffentlich würdigen, fördern und zu ihrer Verbreitung ermutigen.

Wie planen Sie die Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Niedersachsen leisten?

Wir Freie Demokraten wollen Akteure der politischen Bildung vernetzen und ihren Bestand absichern. Politische Bildung bleibt die Grundlage für den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und andere verfassungsfeindliche Tendenzen in unserer Gesellschaft. Um das Ehrenamt in Niedersachsen nachhaltig zu unterstützen und zu fördern, setzen wir Freie Demokraten auf einen Dreiklang an Maßnahmen. Dieser Dreiklang setzt sich aus strategischen Maßnahmen, Förderung und Verfahrensvereinfachung sowie Vielfalt zusammen.

Planen Sie die finanziellen Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung auszubauen? Falls ja, in welcher Größenordnung? Welche weiteren Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?

Wir Freie Demokraten begreifen die Landeszentrale für politische Bildung mit ihrem politischen Bildungsauftrag als essenziellen Bestandteil für unsere demokratische Bildungslandschaft.

Mit freundlichem Gruß

i.A. Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation